

Kolumbien: zwei Jahre nach der Polizeigewalt am Nationalstreik

Von Julian Streit, PBI-Freiwilliger in Kolumbien seit Mai 2022

Vor zwei Jahren, am 28. April 2021, starteten in Kolumbien landesweite Proteste, die die Polizei in zahlreichen Städten gewaltsam niedergeschlug. Bis heute hat die Justiz die ranghohen Beamten der öffentlichen Sicherheit, welche gemäss Untersuchungen für massive Menschenrechtsverletzungen während der Proteste verantwortlich sind, nicht zur Rechenschaft gezogen.

Die Nichtregierungsorganisationen „Temblores“ und „Indepaz“ registrierten während des Nationalstreiks 2021 seitens der Sicherheitskräfte über 3000 Menschenrechtsverletzungen, darunter 80 Tötungsfälle, rund 1500 Fälle von physischer Gewalt und dutzende Fälle sexueller Gewaltⁱ. Von den 3169 registrierten Verbrechen, erhob die Staatsanwaltschaft nur 65 Fälle gegen Beamte der öffentlichen Sicherheitskräfte und von diesen wurden wiederum bereits 11 Fälle zu den Akten gelegt. Die Opfer und Hinterbliebenen warten bis heute vergeblich auf Schuldsprücheⁱⁱ. Gleichzeitig sind gegen 230 Mitglieder der Protestbewegung Verfahren hängigⁱⁱⁱ, worüber auch der UN-Menschenrechtsrat Besorgnis äusserte.

Gewaltsames Verschwindenlassen von Protestierenden

Zu den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, die während des Nationalstreiks begangen wurden, gehört das gewaltsame Verschwindenlassen von Protestierenden durch die Sicherheitskräfte. Die genaue Anzahl der Opfer ist bis heute unklar. Menschenrechtsorganisationen, die die Fälle begleiten, prangern die Straflosigkeit und den Mangel an Aufklärung an. Anfang dieses Jahres beschuldigte ein Unternehmer, der in Bogotá Friedhöfe verwaltet, die Polizei, sie habe die Krematorien verschiedener Friedhöfe benutzt, um während der Proteste bis zu 300 Personen verschwinden zu lassen^{iv}. Gemäss Alberto Yepes, Koordinator der Menschenrechtsbeobachtungsstelle der NGO-Plattform «Coordinación Colombia Europa Estados Unidos» (CCEEU), fehlen gegenwärtig jegliche Spuren von mindestens 87 Personen, die tatsächlich in den Friedhöfen von Bogotá verschwunden sein könnten^v.

Menschenrechtsverteidiger*innen im Visier

Das Ausmass der Menschenrechtsverletzungen und die Verweigerungshaltung der Polizei gegenüber der Aufklärung der Verbrechen zeugen vom allgemeinen Klima der Straflosigkeit innerhalb der Nationalen Polizei Kolumbiens. Im Dezember 2022 wurden in diesem Zusammenhang Menschenrechtsverteidiger*innen in einem von der paramilitärischen Gruppierung Autodefensas Gaitanistas de Colombia (AGC) unterzeichneten Pamphlet als militärische Ziele ausgegeben^{vi}. Dabei sind unter anderen drei Mitarbeitende von Organisationen, die PBI begleitet: Berenice Celeita, die Direktorin von Nomadesc, und Lina Peláez, eine Anwältin derselben Organisation sowie Walter Agredo des «Comité de Solidaridad con los Presos Políticos» (CSPP). Die Herkunft des Pamphlets bleibt bis heute ungeklärt^{vii}.

Polizeireform auf der politischen Agenda

Óscar Ramírez, Präsident der Organisation CSPP, führt die Straflosigkeit innerhalb der kolumbianischen Polizei auf den Mangel externer Aufsicht und den militärischen Charakter der Institution zurück^{viii}. Ein kürzlich erschienener Bericht der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) unterstreicht die Notwendigkeit einer umfassenden Polizeireform. Im Zusammenhang mit der Polizeigewalt während des Nationalstreiks erliess die CIDH 41 bindende Empfehlungen an den kolumbianischen Staat. Bis anhin, so bemängelt die Kommission, sind lediglich bezüglich drei der erlassenen Empfehlungen «minimale Teilbemühungen» ersichtlich^{ix}.

Der Präsident Gustavo Petros versprach bei seinem Amtsantritt im August vergangenen Jahres die Polizeireform prioritär zu behandeln. Die kolumbianische Zivilgesellschaft fordert diese Reform bereits seit Jahrzehnten. Gegenwärtig befindet sich das Vorhaben im nationalen Parlament. Ein wesentliches Element der Umstrukturierung soll dabei der Umzug der Polizei aus dem Verteidigungsministerium in ein Ministerium zivilen Charakters sein^x. Ziel der Reform ist das Ende der Polizeigewalt, die Wiedergutmachung der angerichteten Schäden und die Garantie der Nichtwiederholung als Verpflichtung gegenüber den tausenden Hinterbliebenen und Opfer der Polizeigewalt in Kolumbien, welche noch immer auf Gerechtigkeit und Wahrheit warten.

-
- i Indepaz: [Listado de las 80 Víctimas de Violencia Homicida en el Marco del Paro Nacional al 23 de Julio](#), 23. Juli 2021.
Indepaz, Temblores: [Cifras de Violencia en el Marco del Paro Nacional 2021](#), Juni 2021.
 - ii Ccajar (@Ccajar): [tweet](#), 26. Januar 2023.
 - iii RCN Radio: [Gobierno Petro revisará situación de 230 jóvenes detenidos durante paro nacional](#), 4. Dezember 2023.
Infobae: [Relatores de la ONU cuestionaron Judicializaciones de Manifestantes en el Paro Nacional de 2021](#), 7. April 2023.
 - iv Cambio: [Historias de terror en los cementerios distritales de Bogotá](#), 14. Januar 2023.
 - v Infobae: [Más de 80 casos de desaparecidos en el Paro Nacional de 2021 en Bogotá registra ONG](#), 17 de enero de 2023.
 - vi PBI Colombia (@pbicolombia): [Tweet](#), 26. Dezember 2022.
 - vii WRadio: [Organizaciones critican a Clan del Golfo por panfletos en medio del cese al fuego](#), 23 de enero de 2023.
 - viii Temblores ONG: [Reflexiones sobre la Reforma Policial](#), 5 de mayo de 2022.
 - ix El Espectador: [El pobre cumplimiento de Colombia de las recomendaciones de la CIDH sobre el paro](#), 27 de enero de 2023.
 - x Espectador: [Otra comisión de la verdad, cambio en la Policía y otros proyectos del PND](#), 7 de febrero 2023.